

# Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Adresse  
„Tagesblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Heftungsstelle  
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 198.

Mittwoch, 26. August 1896, Abends.

49. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage. Einzelheftlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Stöcksa oder durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pfg., bei Abholung aus Schloß: der Post. Postanweisung 1 Mark 25 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Abgabensatzes bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Lange & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kapuzenstr. 52. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmitz, Riesa.

## Samoa.

Auf den Samoa-Inseln ruhmort es fortwährend. Raum je kommt ein Schiff von dort nach einem mit Europa durch Kabel verbundenen Hafen, so hört man gewiß von neuen Kämpfen zwischen den Eingeborenen oder von Reibungen der dort angesiedelten Deutschen, Engländer und Nordamerikaner untereinander.

Die Nachricht aus Washington, daß der nordamerikanische Konsul zu Apia in einer Denkschrift nachweisen will, die jetzigen Zustände auf Samoa wären in Folge der Berliner Samoa-Akte gegen die Ber. Staaten ungerecht, ist von Bedeutung gerade für deutsche Interessen. Die Schrift des Konsuls fällt in die Zeit, in welcher die Wogen wegen der Präsidentenwahl in Amerika am höchsten gehen. Wir können uns im nächsten Jahre wieder auf amerikanische Wählerkreise auf Samoa nach früherem Muster gefaßt machen. Wenn der Konsul so weit geht, von Ungerechtigkeiten gegen die Ber. Staaten zu sprechen, so mag darauf hingewiesen werden, daß nach früheren Berichten der Konsuln der amerikanischen Handel an dem ganzen Samoa-Verkehr nur mit etwa drei Prozent theilhaftig ist, während fünf Sechstel des ganzen Handels in deutschen Händen liegt; die Amerikaner sind entweder Waffenhändler oder zumeist Wiskälige, alle aber Wähler ärgster Art.

Als Konsul wurde im Juli 1894 von Washington James Mulligan nach Apia gesandt, der sich seinen Vorgänger würdig anzureichen scheint. Die Amerikaner auf Samoa haben schon seit mehreren Jahren Alles getan, um spätere Ereignisse vorzubereiten und sich nicht mit den Eingeborenen, namentlich den Australischen, zu verfeinden. Als im Frühjahr 1895 sich der deutsche wie der englische Konsul mit Unterstützung ihrer Angehörigen bemühten, Unruhen und Kämpfe zu vermeiden, hielt sich der Unionkonsul fern. Dieser stand in enger Verbindung zu einer Clique politischer und geschäftlicher Amerikaner, die das Land nicht zur Ruhe kommen lassen wollten, um im Falle zu fassen und ihren Vorteil zu suchen. Der Konsul Mulligan war dabei von heimischen Einwirkungen abhängig, wie aus den gleichzeitigen Erörterungen aus dem „Washington Post“ v. 2. März 1895 wegen seiner Herangehörigen von den anderen Konsuln. Herr Mulligan magte auch öfters wie seine Vorgänger Riesa in die Dämmerung, offenbar um sich mit den politischen Machthabern zu verständigen, er war nur wenig Zeit auf seinem Posten.

Anfang 1896 bildete sein Vertreter, der in den Weißbäckern häufig oder wenig räuslich genannte Bizekonsul Blacklock mit dem Wähler und Waffenhändler Wood einen Ausschuss, um die jetzigen verfassungsmäßigen Verhältnisse von Grund aus umzugestalten. Die von der Samoa-Akte geschaffenen zwei höchsten Ämter, des Oberrichters und Vizepräsidenten, sollen abgelehnt, alle übrigen Beamten entlassen werden. Man hätte viele Leute dafür gewonnen, weil man darauf hinwies, daß die Steuern fast nur zur Bezahlung der Beamten verwendet wurden. Inwiefern die deutschen Firmen, die fast die gesamten Einnahmen zu bringen, theilhaftig sind an dem Vorgehen nicht. Die Eingeborenen auf Upolu waren zu Geldsammlungen für ihre Hauptlinge veranlaßt worden, wie es liegt: zum Ankauf geschmuggelter Waffen, die hauptsächlich aus Nordamerika kommen. Schon seit zwei Jahren arbeitet die gesammte republikanische Presse der Ber. Staaten mit großer Kraft daran, daß die Union auf die Anexion Samoas hinstrebt, namentlich seitdem Cleveland erklärt hatte, die Union solle von der Berliner Samoa-Akte zurücktreten. Dieser Erklärung, die immer weitere Kreise gezogen hat, wich sich der neue Präsident nicht entziehen können, auch wenn wieder ein Demokrat gewählt werden sollte. Allen diesen Erscheinungen gegenüber sollte die schon mehrmals vorgeschlagene Entwaffnung der Samoaner möglichst rasch durchgeführt werden.

Das Ansehen Deutschlands würde durch einen starken Schutz seiner gerade in Samoa so bedeutend überwiegenden Interessen nur gewinnen können.

## Tagesgeschichte.

Die Erklärung des „Reichsanzeigers“ vom Montag Abend, welche der Willensmeinung des Kaisers Ausdruck verleiht, daß dem Bundesrath noch in diesem Herbst ein Gesetzentwurf betr. die Militärstrafprozessordnung vorgelegt werden solle, ist in der gesammten Presse mit Beifall und

Genugthuung aufgenommen worden; freilich ist der Beifall nicht so ohne Einschränkung, wie es die Ablehnung war, welche die erste Rundgebung des offiziellen Organs fand, in der es Bronsart von Scheibendorffs Rücktritt zu „erklären“ unternahm. — Die Organe der Rechten und der National-liberalen erklären sich für beruhigt; wenn die „Nat.-Ztg.“ auch meint: „Daß die obwaltenden Schwierigkeiten mehr umfassen, als die Frage der Reform des Militärstrafverfahrens, bleibt eine Thatsache;“ so fährt sie doch fort: aber als eine Bürgschaft für die Verhütung demnächstiger neuer Krisen wird die obige Erklärung des „Reichsanz.“ dennoch angesehen werden, und man wird sie deshalb in weiten Kreisen mit Genugthuung aufnehmen, wenngleich der in Aussicht gestellte Entwurf sich erst wird beurtheilen lassen, wenn man seinen Wortlaut kennt.

Die größte Befriedigung legt die „Rln. Ztg.“ an den Tag. Sie meint, Alles sei nun klipp und klar:

Diese kurze, bündige und im Gegensatz zu der letzten Aeußerung des amtlichen Blattes sachliche und ungewöhnliche Erklärung kündet einer Erörterung den Boden ab, die sich nachgerade zu einem Rattenkönig von mehr oder weniger müßigen Betrachtungen auszuwickeln droht, und die, wie wir immer wieder betont haben, von falschen und haltlosen Voraussetzungen ausgeht. Sie kommt noch eben zur rechten Zeit, um die lebhaftesten Vermuthungen zu zerstreuen, die sich in weiten Kreisen geltend machten und die sich schließlich dazu verhielten, an der Aufrichtigkeit des Versprechens zu zweifeln und an dem Wort zu zweifeln, das Fürst Hohenlohe den Volksovertretern gegeben hatte.

Steptischer ist man auf der gesammten Linken. Die „Freis. Ztg.“ demängelt, daß von der Vorlage „eines“ Entwurfs die Rede sei und nicht von jenem, dessen Fertigstellung der Kanzler im Frühjahr als bevorstehend bezeichnete. Eugen Richter ertröstet sich wieder damit, daß der Entwurf im Bundesrath schnell durchberathen werden müsse, so daß er beim Wiederzusammentritt des Reichstags diesen sofort wieder beschäftigen könne. — „Germania“ und „Vorwärts“ betrachten den Fall nur in Bezug auf die Stellung des Fürsten Hohenlohe. Das Centralblatt freut sich, daß es nie an den baldigen Rücktritt des Kanzlers geglaubt habe, während das Centralorgan der Sozialdemokraten meint: „Hohenlohe hat vorläufig gestegt.“

**Deutsches Reich.** Der Oberschiedsrichter in den Kaisermandatären wird der Kaiser selbst sein, und an den Tagen, wo etwa der Kaiser selbst die Führung übernehmen sollte, Prinz Albrecht. Als Schiedsrichter sind berufen worden: Gen. der Cav. Coler v. d. Planitz; die Gen.-Lieutenants v. Raßmann, v. Stünzner, v. Müller; die Gen.-Majors v. Hobe, v. Viebahn; die Oberst-Leut. Gronau, Bude; die Majors v. Hartmann, Villain, Kühne, v. Rütgen, Claassen; der Rittmeister Graf von Pfeil und Klein-Elguth; die Hauptleute Mayer, Sandberg, Wachsen, Döhme, Ritter und Edler von Dettinger, Rulke, Schwarte, v. der Wsch, von Stoden, Wegner; die Premierlieutenants von Weddy, von Hülsen. — Der amerikanische Schriftsteller Boutney Bigelow, der bisher zu allen Mandatären und größeren Festlichkeiten geladen und auch erschienen war, ist der „Staatsbürger Zeitung“ zufolge diesmal von der Liste der Gäste gestrichen worden. Dies stimmt mit der seinerzeitigen Meldung, daß Boutney Bigelow seit seinem letzten Berliner Besuche, der mit seinem verunglückten Liebeswerben für die amerikanischen Versicherungen zusammenfiel, in kaiserliche Ungnade gefallen ist.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des Kaisers an den Reichskanzler vom 10. August, wonach in Ergänzung der Verordnung vom 12. December 1894 bestimmt wird, daß die Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes für die Bearbeitung sämtlicher Angelegenheiten der Schutztruppe im Sinne dieser Verordnung zuständig sein soll.

Prinz Heinrich von Preußen wird schon am 6. September wieder von Breslau abreisen und sich nach seinem Gute Himmelsdorf bei Kiel begeben, wo ihm die russischen Majestäten von Kiel aus einen Besuch abstatten werden.

**Frankreich.** Im Aller-Rollenreden dauern die Angriffe der vaterländischen Arbeiter auf die vaterländischen Sozialisten fort. Auch in Wahagnies mühten die Aller-Wanderprediger von Gendarmen gegen Gewaltthätigkeiten geschützt werden. Daraus erklärten vorgestern die Sozialisten Duernay und Dupied im Aller-Generalrath, wenn der Präfect nicht dafür Sorge, daß die Redefreiheit der sozialistischen Aufwiegler geachtet werde, so würden diese künftig mit Revolvern in die Dörfer ziehen und auf ihren Apostelgängen

schleichen. In einer Versammlung in Jambourg du Temple hielt hier vorgestern ein Socialist eine Donnerrede gegen den Zaren, den Tyrannen der sibirischen Brüder. Es sei eine Schmach, daß man Millionen ausbeute, damit das Volk von Paris sich vor dem russischen Selbstherrscher wölfe. Die „Autorité“ verzeichnet das Gerücht, daß die Kaiserin den Zaren nicht begleiten werde und knüpft daran diese Drohworte: „Wenn das Gerücht sich bestätigen sollte, würden wir vor einem Ereignisse von ungeheurer Schwere stehen, dessen Folgen unberechenbar wären.“

**Spanien.** Die Nachrichten aus Spanien lauten recht ungünstig, fast sollte man wähnen, daß das Land am Vorabend schwerer innerer wie äußerer Verwickelungen stehe. Ueberall werden Vorsichtsmaßregeln gegen anarcho-sociale Umtriebe getroffen, zu der cubanischen Wetterwolke hat sich am auswärtigen Horizonte eine zweite, die Philippinen bedrohende gestellt. Dazu die beinahe apokalyptische Gewißheit, daß mit dem Ausgange der amerikanischen Präsidentschaftswahlkampagne, gleichviel welche Partei als Sieger aus dem Kampfe hervorgeht, in die Politik der Vereinigten Staaten gegen Spanien ein schärferer Zug kommen werde; so ergibt sich ein Gesamtbild, welches auch starknervige spanische Staatsmänner mit einer gewissen Unruhe wegen der Zukunft zu erfüllen geeignet ist. Denn die Schwierigkeiten wachsen, wie es dem Anschein gewinnt, schneller, als die Mittel und Kräfte des Staates, ihrer Herr zu werden. Noch könnte sich Alles zum Guten wenden, wenn es der Madrider Regierung gelänge, dem cubanischen Aufstande einen Hauptschlag zu versetzen, ehe Ereignisse eintreten, an deren beschleunigter Herbeiführung von verschiedenen Seiten mit Hochdruck gearbeitet wird. Deshalb bietet die Regierung denn auch Alles auf, die Entsendung der Truppennachschübe ohne Zeitverlust zu bewerkstelligen, selbst auf die Gefahr hin, das Mutterland von Truppen mehr zu entblößen, als im Hinblick auf die im Innern sich ankündigenden bedauerlichen Symptome rathsam erscheinen möchte.

## Zur sächsischen Einkommensstatistik.

Die Summe der in Sachsen eingeschätzten Einkünfte ist in den zehn Jahren 1885 bis 1895 um 572 Millionen Mark gestiegen. Im Jahre 1885 betrug das eingeschätzte Einkommen 1287 553 320 Mk., im Jahre 1895 aber 1 859 561 480 Mk. Dies ergiebt eine Zunahme der eingeschätzten Einkünfte um fast 44 1/2 Proc.

In welchem Maße die einzelnen Quellen, aus denen das Einkommen in Sachsen fließt, an der Zunahme theilhaftig waren, wird folgende Aufstellung zeigen. Es betrug in Mark das Einkommen aus

	1885	1895
Grundbesitz	236 689 241	288 838 877
Renten	151 295 395	229 089 908
Lohn und Gehalt	492 013 874	800 365 448
Handel und Gewerbe	407 554 810	541 267 247

Demnach beträgt die Zunahme in den genannten zehn Jahren bei dem Einkommen aus

Grundbesitz	52 149 636 Mk.
Renten	77 794 513 „
Lohn und Gehalt	308 351 574 „
Handel und Gewerbe	133 712 437 „

In Prozenten ausgedrückt ergiebt sich eine Zunahme des Einkommens vom Grundbesitz um 22, von Renten um 51 1/2, von Lohn und Gehalt um fast 62, von Handel und Gewerbe um fast 33 Proc.

Die von dem Einkommen abzuziehenden Schuldzinsen beliefen sich im Jahre 1885 auf 97 701 434 Mk., waren aber im Jahre 1895 angestiegen auf 145 524 178 Mk. Sonach betrug 1885 das nach Abzug der Schuldzinsen verbleibende Gesamteinkommen 1 189 851 886 Mk., 1895 jedoch 1 714 037 302 Mk., es war mithin um 524 185 416 Mk. oder 44 Proc. gestiegen. Diese Steigerung ist um 1/2 Proc. geringer als die Steigerung der ohne Abzug der Schuldzinsen eingeschätzten Einkünfte.

Von welcher besonderen Art des Einkommens die Schuldzinsen abzuziehen sind, ist aus der Statistik nicht zu ersehen. Jedenfalls treffen sie zumeist das Einkommen aus Grundbesitz, dessen ohnehin verhältnismäßig geringe Zunahme um 22 Proc. demnach noch eine nicht näher zu beziffernde Abmilderung erleidet, sowie daneben auch zu einem Theil das Einkommen aus Handel und Gewerbe.

Die Steigerung des Renteneinkommens um 51 1/2 Proc.